

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

I. Quartal 2014

Wirtschaftschronik. I. Quartal 2014

Auf den Konflikt zwischen der Ukraine und Russland, der bisher die Annexion der Krim an Russland zur Folge hatte, reagieren die USA und die Europäische Union mit Sanktionen gegen Einzelpersonen in Form von Einreiseverboten und Sperrungen von Bankkonten. Die Ausweitung des Personenkreises sowie eine Verschärfung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen werden in Aussicht gestellt. Die zugesagten finanziellen Hilfsmittel des IWF von 14 bis 18 Mrd. \$ für die Ukraine werden an Bedingungen geknüpft. Russland wird künftig keine Rabatte auf Erdgaslieferungen gewähren. Die Einigung der EU-Länder auf einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus für insolvente Banken ist ein weiterer Schritt zur Vollendung der Bankenunion. Die Richtlinie über die grenzüberschreitende Besteuerung von Zinserträgen wird von allen EU-Ländern verabschiedet. Ab 2015 werden Zinserträge von Ausländern automatisch an das Steueramt des Steuerwohnsitzes gemeldet. – In Österreich werden mit dem Abgabenänderungsgesetz 2014 Steuererhöhungen und Änderungen von Steuerbegünstigungen umgesetzt. Nach langen Verhandlungen entschließt sich die Bundesregierung, die insolvente Hypo Alpe-Adria-Bank International AG in einer Abbaugesellschaft abzuwickeln.

Calendar of Economic Events. First Quarter 2014

In response to the conflict between Ukraine and Russia, which has so far led to the Crimea being annexed by Russia, the USA and EU have introduced sanctions against individuals by way of refusing their entry and blocking their bank accounts and are threatening to increase the circle of those affected and to impose tight economic sanctions. The promised funding by the IMF to the tune of \$ 14 to 18 billion for Ukraine is tied to conditions. Russia will no longer grant any discounts for natural gas deliveries. The EU countries agreeing on a uniform mechanism to wind up insolvent banks is another step towards completing the banking union. The Council cleared the way for adopting the European Directive on Taxation of Savings Income. Starting in 2015, interest payments received by non-nationals will be automatically reported to the internal revenue service at the non-national's fiscal domicile. – In Austria, tax increases and changes in tax concessions are being implemented in the 2014 Act Amending Taxes and Charges. After extended negotiations, the federal government decides to wind up insolvent Hypo Alpe-Adria-Bank International AG in a bad bank.

Kontakt:

Mag. Angelina Keil: Arsenal, Objekt 20, 1030 Wien, Angelina.Keil@wifo.ac.at

JEL-Codes: D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, international, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 31. März 2014

Begutachtung: Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

1. Ausland

1. Jänner: Lettland übernimmt als 18. Teilnehmerland den Euro als Währung.

Währungsunion: Lettland

Griechenland übernimmt von Litauen den Vorsitz des Europäischen Rates.

3. Jänner: Der italienische Autohersteller Fiat übernimmt vier Jahre nach dem Kauf der ersten Anteile die letzten 42% des Aktienpaketes des Autoherstellers Chrysler (USA).

Fiat: Übernahme Chrysler

10. Jänner: Bei Einbrüchen in das Datensystem von Online-Händlern in den USA werden Kredit- und Privatdaten von bis zu 110 Mio. Kunden geraubt.

World Wide Web: Datenraub

22. Jänner: Die Europäische Kommission legt Vorschläge für die Klima- und Energiepolitik für den Zeitraum 2020 bis 2030 vor¹⁾. Die Treibhausgasemissionen sollen demnach bis 2030 um 40% gegenüber 1990 verringert werden (Ziel 2020: 20%). Branchen, die unter das Emissionshandelssystem fallen, müssten jährlich ab 2020 2,2% der Emis-

EU: Klimapolitik

¹⁾ Europäische Kommission, Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020-2030, COM/2014/015 final, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:52014DC0015>.

sion einsparen (bis 2020 1,74%), alle anderen Wirtschaftszweige sollten die Emissionen gegenüber dem Wert von 2005 um 30% senken. Ziel ist die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energieträger bis 2030 auf 27% des Verbrauches. Auf nationale Ziele soll ab 2020 verzichtet werden, um die Flexibilität in der Anpassung zu erhöhen. Von den Mitgliedsländern erarbeitete Nationale Energiepläne auf der Grundlage von Leitlinien der Kommission sollen die Investitionssicherheit und Transparenz gewährleisten.

Das Emissionshandelssystem soll reformiert werden. Der Überschuss von derzeit 2 Mrd. Zertifikate hat einen starken Preisverfall zur Folge. In der künftigen Handelsperiode ab 2021 soll eine Marktstabilitätsreserve ein Überangebot der im Umlauf befindlichen Zertifikate über bestimmte Obergrenzen und die Marktliquidität über Untergrenzen regeln. Die Richtlinien zur Energieeffizienz werden 2015 überprüft.

Spanien: Euro-Rettungsschirm

23. Jänner: Spanien nimmt keine weiteren Finanzmittel aus dem Euro-Rettungsschirm auf. Die Länder des Euro-Währungsgebietes stellten dem spanischen Finanzsektor im Juni 2012 100 Mrd. € zur Verfügung mit der Verpflichtung, den Sektor zu restrukturieren, unrentable Banken zu schließen und toxische Papiere in eine Bad Bank einzubringen. Von den bereitgestellten Mitteln wurden 41,3 Mrd. € abgerufen.

USA: Fed

1. Februar: Die Ökonomin Janet Yellen folgt Ben Bernanke als Vorsitzende der Notenbank der USA nach.

Deutschland: Bundesverfassungsgericht OMT-Ankaufsprogramm

7. Februar: Das Deutsche Bundesverfassungsgericht bezeichnet die Anleiheaufkäufe der Europäischen Zentralbank (OMT-Ankaufsprogramm)²⁾ für nicht rechtmäßig und tritt die Entscheidung, ob die Vorgangweise der EZB während der Krise mit EU-Recht vereinbar ist, an den Europäischen Gerichtshof ab.

Schweiz: Zuwanderung

9. Februar: In der Schweiz stimmen 50,3% der Stimmberechtigten und 12½ der 26 Kantone der Volksinitiative "Gegen Masseneinwanderung" zu. Der Gesetzgeber ist nun verpflichtet, jährlich Höchstgrenzen und Kontingente im Sinne der gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz festzulegen. In der Folge werden die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Personenfreizügigkeit geändert werden.

USA: Schuldengrenze

11. Februar: Das Repräsentantenhaus der USA stimmt für das Aussetzen der gesetzlichen Schuldengrenze bis Mitte März 2015.

G 20: Strukturreformen

22.-23. Februar: Die Finanzminister und Zentralbankdirektoren der G 20 einigen sich über Strukturreformen der Produktions- und Arbeitsmärkte und der Infrastruktur, die die aggregierte Wirtschaftsleistung in den kommenden fünf Jahren um 2% steigern sollen. Produktivitätsgewinne in einem Land übertragen sich auf andere Länder über den Technologietransfer von Handelspartnern. China, Deutschland, Japan und Südkorea, deren Produktivitätsgewinne im Bereich der handelbaren Güter und Dienstleistungen entstehen, sollen ihren Binnenmarkt liberalisieren. In vielen anderen Ländern bestehe Reformbedarf im Binnen- wie im Außenhandel.

Der IWF empfiehlt Frankreich, Südafrika und Spanien Arbeitsmarktreformen, mit denen die Beschäftigung gefördert werden soll. Schwellenländern wie Brasilien und Indien werden Investitionen in die Infrastruktur empfohlen. In Ländern wie Deutschland und den USA sollen Modernisierungsinvestitionen das Wachstum verstärken. Die G 20 stimmen für das von der OECD präsentierte Projekt der Einführung von Standards für den automatischen Informationsaustausch (AIA) zwischen Steuerbehörden, das Ende 2015 in Kraft treten soll.

EU: CO₂

25. Februar: Das Europäische Parlament verabschiedet einen Gesetzesentwurf, der die Obergrenzen für den Ausstoß von Kohlendioxid durch Pkw bis 2020 auf 95 g je km begrenzt (bis 2015: 130 g je km). Diesen Wert müssen bis 2020 95% der Herstellerflotte erreichen, bis 2021 100%, wobei Elektrofahrzeuge bei der Berechnung der Flotte höheres Gewicht haben ("Supercredits").

²⁾ Mit Outright Monetary Transactions (OMT) können die Zinssätze auf Staatstitel in den Euro-Ländern gesenkt werden, um die Aufnahme weiterer Kredite zu erleichtern. Das Volumen der Transaktionen ist nicht beschränkt.

In Peking überschreitet die Schadstoffbelastung der Luft das 14-Fache der von der WHO empfohlenen Grenzwerte.

28. Februar: Der spanische Staat verkauft Aktien der Bankia. Die aus 7 angeschlagenen Sparkassen entstandene Großbank verzeichnete 2012 einen Verlust von 19 Mrd. € und wurde notverstaatlicht. 2013 erwirtschaftete Bankia einen Gewinn von 512 Mio. €.

1. März: In Italien folgt Matteo Renzi ohne Wahl Enrico Letta als Ministerpräsident.

4. März: Der Preisnachlass für russisches Erdgas für die Ukraine wird nicht mehr verlängert³⁾.

6. März: Vor dem Hintergrund der Verschärfung der Krim-Krise durch destabilisierende Maßnahmen Russlands und der Ankündigung eines Referendums über den Anschluss der Halbinsel an Russland beraten die Staats- und Regierungsoberhäupter auf einem EU-Sondergipfel über Umfang und Form von Sanktionen gegenüber Russland. Die Verhandlungen über Visa-Erleichterungen sowie ein neues Grundlagenabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit werden ausgesetzt.

11. März: Die chinesische Bankenaufsicht lässt in einem Pilotversuch 5 private Banken zu. Kleineren und mittleren Unternehmen soll so der Zugang zu Krediten erleichtert werden. In den letzten Jahren hat sich ein "Graumarkt" mit hohen Zinssätzen entwickelt.

Die Europäische Zentralbank veröffentlicht ein Regelwerk zur Bilanzprüfung (Asset Quality Review)⁴⁾ für die Prüfung der 128 systemrelevanten Banken. Der Leitfaden dient zur Vereinheitlichung der Überprüfung durch die nationale Aufsicht und externe Buchprüfer. Den Prüfungsergebnissen im August folgt ein Stresstest im Oktober.

13. März: Der Präsident der Europäischen Zentralbank bestätigt, dass die Leitzinssätze für längere Zeit unverändert auf dem derzeitigen Niveau oder darunter bleiben⁵⁾.

14. März: Der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang stellt zum Abschluss des Nationalen Volkskongresses das Wachstumsziel für 2014 von 7,5% als nicht zwingend dar und betont die Bedeutung des Marktes zur Erreichung der wirtschaftlichen Ziele. Diese umfassen die Bereitstellung von Arbeitsplätzen, die Sicherung der Beschäftigung, die Erhöhung der Einkommen sowie die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung. Die Risiken der stark steigenden Verschuldung seien unter Kontrolle. Dem Kampf gegen Armut und Umweltverschmutzung wird großes Gewicht gegeben. Die Steigerung der Militärausgaben soll den internationalen Einfluss erhöhen.

16. März: Die Bevölkerung der Krim stimmt mit einer Mehrheit von 93% für einen Anschluss an Russland. Die Krim erklärt ihre Unabhängigkeit und verabschiedet einen Antrag auf Aufnahme in die Russische Föderation. Die Ukraine erkennt das Referendum nicht an.

17. März: Als Reaktion auf das Referendum über die Abspaltung der Krim und eine Angliederung an Russland, welche von den USA und der EU als illegal erachtet werden, verhängt die EU Sanktionen gegen 8 ukrainische und 13 russische Staatsangehörige in Form von Reisebeschränkungen und der Sperre von Vermögenswerten. Die USA legen den Personenkreis weiter aus.

Die chinesische Zentralbank verdoppelt die täglich fixierte Schwankungsbreite des Yuan zum Dollar von 1% auf 2%.

20. März: Die Verhandler der EU-Organen einigen sich über den Abwicklungsmechanismus für angeschlagene Banken (Single Resolution Mechanism – SRM), dessen Ziel eine geordnete Schließung dieser Banken unter Schonung der öffentlichen Haushalte

Spanien: Bankia

Italien: Matteo Renzi

Russland: Erdgaspreis Ukraine

Krim-Krise: Sanktionen

China: Bankenaufsicht

EZB: Asset Quality Review

EZB: Leitzinssätze

China: Wachstumsziel

Ukraine : Krim-Referendum

Ukraine: Krim-Sanktionen

China: Wechselkurs

EU: Single Resolution Mechanism

³⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2013", WIFO-Monatsberichte, 2014, 87(1), S. 34, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/47107>.

⁴⁾ <http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/assetqualityreviewphase2manual201403en.pdf>.

⁵⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2013", WIFO-Monatsberichte, 2014, 87(1), S. 32, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/47107>.

te ist. Ausgelöst wird das Abwicklungsverfahren im Regelfall durch die Europäische Zentralbank als Aufseher der Banken, aber auch das Abwicklungsgremium (Board, zuständig für die 130 von der EZB kontrollierten Banken und grenzüberschreitend tätige Geldinstitute) selbst kann das Verfahren anstoßen. Für alle anderen Banken sind die nationalen Abwicklungsbehörden unter Aufsicht des Board zuständig. Aus dem innerhalb von acht Jahren mit 55 Mrd. € dotierten Single Resolution Fund (SRF) werden die Abwicklungskosten finanziert, falls die Beiträge von Aktionären und Gläubigern nicht ausreichen.

EU: Krim-Krise

20.-21. März: Der Europäische Rat reagiert auf die Verschärfung der Krim-Krise mit der Ausweitung der Sanktionen auf 33 Personen (Einreiseverbot, Einfrieren von Vermögen) und bereitet Schritte für künftige Wirtschaftssanktionen (Stufe 3 der Sanktionen) gegenüber Russland vor, die bei einer weiteren Eskalation umgesetzt werden könnten. Der für Juni 2014 geplante Russland-Gipfel der EU wird abgesagt. Der Rat ist weiterhin zu einem Dialog mit Russland bereit, schließt aber bei neuen Schritten Russlands zur Destabilisierung der Lage in der Ukraine weitreichende Konsequenzen für die Beziehung zu Russland nicht aus. Die EU-Länder werden aufgefordert, gezielte Maßnahmen auszuarbeiten. Die Staats- und Regierungsoberhäupter der EU und der ukrainische Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk unterzeichnen die politischen Bestimmungen des Assoziationsabkommens. Darin verpflichtet sich die Ukraine zur Wahrung der Menschenrechte und der freien Marktwirtschaft. Die Unterzeichnung der Assoziierungsabkommen mit Georgien und Moldawien wird vorgezogen.

EU: Besteuerung von Zinserträgen

Die EU-Länder verabschieden die revidierte Richtlinie über die grenzüberschreitende Besteuerung von Zinserträgen von natürlichen Personen. Ab 2015 werden automatisch alle Zinserträge ausländischer Anleger an das Steueramt des Steuerwohnsitzes gemeldet.

EU: Single Resolution Mechanism

Der Rat begrüßt die Einigung über den Mechanismus zur Abwicklung von angeschlagenen Banken (Single Resolution Mechanism – SRM), der neben der einheitlichen Bankenaufsicht (Single Supervisory Mechanism – SSM) die zweite Säule der angestrebten Bankenunion bildet.

G 7: Krim-Krise

24. März: Die führenden Industrieländer G 7 (Deutschland, Frankreich, Kanada, Großbritannien, Italien, Japan, USA) verurteilen die Annexion der Halbinsel Krim durch Russland, sistieren die Mitgliedschaft Russlands in der Gruppe der G 8 und sagen den für Juni geplanten G-8-Gipfel in Sotschi ab.

USA: Bank of America, Fannie Mae, Freddie Mac

27. März: Nach einem Vergleich mit der Federal Housing Finance Agency über strittige Hypothekengeschäfte während der Finanzkrise wird die Bank of America 9,3 Mrd. \$ an die Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac zahlen.

WTO: seltene Erden

Die Streitschlichtungsstelle der World Trade Organization (WTO) verurteilt die Exportrestriktionen Chinas für seltene Erden als Verstoß gegen die Verpflichtungen des Landes gegenüber der WTO. Ein Quotensystem, Exportzölle und Bewilligungsverfahren hätten eine Verteuerung der Rohstoffe auf den internationalen Märkten zur Folge gehabt und China Vorteile auf den Märkten verschafft. China rechtfertigt die Restriktionen als ökologische Schutzmaßnahmen.

IWF: Krim-Krise

28. März: Der Internationale Währungsfonds vereinbart mit der Ukraine ein Finanzhilfeprogramm von bis zu 27 Mrd. \$; dazu wird der IWF 14 bis 18 Mrd. \$ beitragen, die Differenz soll von weiteren Geldgebern aufgebracht werden. Im Gegenzug muss die Regierung Maßnahmen zur Senkung des Budgetdefizits umsetzen. Diese umfassen eine Verringerung des Verwaltungsapparates um 24.000 Stellen sowie eine Anhebung der Steuern auf die Erdöl- und Erdgasförderung und den Verkauf von Alkohol und neuen Pkw. Die stark subventionierten Erdgastarife wurden bereits um 50% erhöht, bei gleichzeitiger Abfederung durch Sozialmaßnahmen.

General Motors: Rückruf

31. März: General Motors ruft innerhalb einer Woche 1,660.000 Fahrzeuge wegen eines möglichen Defekts an der Zündung zurück. Zugleich wurden 492.000 Autos wegen Defekten an der Getriebeöl-Kühler-Leitung und 172.000 Fahrzeuge der Marke Chevrolet wegen drohenden Achsbruchs zurückgerufen.

2. Österreich

29. Jänner: Der Nationalrat beschließt ein gesetzliches Budgetprovisorium auf Basis des Bundesfinanzgesetzes 2013 und des Bundesfinanzrahmengesetzes 2014 bis 2017, das die Grundlage für die vorläufige Gebarung des Finanzjahres 2014 bildet. Es sieht die Kürzung der Ermessensausgaben aller Ressorts um insgesamt 500 Mio. € vor.

Budgetprovisorium

24. Februar: Der Nationalrat beschließt das Abgabenänderungsgesetz 2014, das dazu beitragen soll, 2016 einen strukturell nahezu ausgeglichenen Haushalt zu erreichen (strukturelles Defizit von $-0,5\%$ des BIP). Das Paket soll Gerechtigkeits- und Solidaritätsaspekte des Steuerrechtes stärken, Verhaltensänderungen in den Bereichen Gesundheit, Beschäftigung älterer Arbeitskräfte und Ökologie erreichen, zur Verhinderung und Bekämpfung von Betrug beitragen und die Belastung der Unternehmen durch Verwaltungsaufwand verringern.

Abgabenänderungs-
gesetz 2014

Das Gesetz bringt folgende Steuererhöhungen und Veränderungen von Steuerbegünstigungen:

- Wiedereinführung der Schaumweinsteuer von 1 € je Liter und Anhebung der Alkoholsteuer von 1 € auf 1,2 € je Liter,
- Anhebung der Tabaksteuer in vier Stufen bis 2017 von 35 € auf 55 € je 1.000 Zigaretten bei gleichzeitiger Senkung des wertmäßigen Steuerelements in drei Stufen von 42% auf 39% je Packung,
- Vereinfachung und Anhebung der Normverbrauchsabgabe auf bis zu 30% des Nettokaufpreises von Pkw mit hohem Verbrauch nach einer Ökologisierungsfelme, Anhebung der motorbezogenen Versicherungssteuer (Leistung bis 90 KW +12%, 90 bis 110 KW +20%, über 110 KW +35%).
- Die Stabilitätsabgabe auf Derivate wird aufgehoben, im Gegenzug wird die Stabilitätsabgabe für eine Bemessungsgrundlage von 1 bis 20 Mrd. € von 0,055% auf 0,09% und ab einer Bemessungsgrundlage von über 20 Mrd. € von 0,085% auf 0,11% erhöht. Der Sonderbeitrag wird 2015 bis 2017 von 25% auf 45% angehoben.
- Gehaltszahlungen über 500.000 € pro Jahr können künftig nicht mehr vom einkommen- bzw. körperschaftsteuerlichen Gewinn abgesetzt werden. Abfertigungszahlungen, die ein Viertel der laufenden Bezüge der letzten 12 Monate oder das Neunfache der monatlichen ASVG-Höchstbeitragsgrundlage übersteigen ("Golden Handshakes"), unterliegen der vollen Tarifbesteuerung; solche Bezüge sind für den Betrieb steuerlich nicht mehr absetzbar. Die Steuerbegünstigung für Kündigungsentschädigungen und Vergleichszahlungen bleibt erhalten, allerdings gilt auch hier eine Deckelung mit dem Neunfachen der ASVG-Höchstbeitragsgrundlage.
- Verluste von ausländischen Mitgliedern einer Unternehmensgruppe können ab 1. März 2014 nur mehr dann geltend gemacht werden, wenn die Gruppenmitglieder in der EU ansässig sind oder mit dem Land des Unternehmenssitzes umfassende Amtshilfe vereinbart ist. Verluste von ausländischen Gruppenmitgliedern werden ab 2015 bis zu einer Grenze von 75% des österreichischen Gewinnes verrechnet, somit müssen 25% des österreichischen Gewinnes jedenfalls versteuert werden. Für die Nachversteuerung von Auslandsverlusten gilt die Verlustverrechnungsgrenze nicht. Für die Anschaffung von Beteiligungen an einer Unternehmensgruppe kann künftig keine Firmenwertabschreibung mehr geltend gemacht werden.
- Konzerninterne Zins- und Lizenzzahlungen an in- und ausländische Konzernmitglieder sind ab 1. März 2014 nicht mehr steuerlich absetzbar, wenn die Zahlung beim Empfänger überwiegend steuerfrei ist oder einem Steuersatz unter 10% unterliegt.

- Das Mindeststammkapital der "GmbH Light" wird mit 1. März 2014 wieder von 10.000 € auf 35.000 € angehoben⁶⁾. Bestehende GmbH Light müssen ihr Stammkapital bis 2024 auf 35.000 € erhöhen. Für Neugründungen beträgt das Mindeststammkapital weiterhin nur 10.000 €. Die Mindestkörperschaftsteuer beträgt in den ersten fünf Jahren ab Eintritt in die unbeschränkte Steuerpflicht für jedes volle Kalendervierteljahr 125 € und in den folgenden fünf Jahren jeweils 250 €.
- Die Befristung der Solidarabgabe für hohe Einkommen bis 2016 wird aufgehoben.
- Der Gewinnfreibetrag steht künftig nur mehr bei Anschaffung von körperlichen Wirtschaftsgütern oder Wohnbauleihen zu.
- Der Kampf gegen Steuerbetrug, Geldwäsche und illegales Glückspiel wird verschärft.

Die Maßnahmen sollen bis 2018 für Bund, Länder und Gemeinden zusätzliche Einnahmen von kumuliert 5,54 Mrd. € erbringen. Überwiegend treten die Maßnahmen mit 1. März 2014 in Kraft.

BAWAG P.S.K.

14. März: Die BAWAG P.S.K., die 2009 550 Mio. € an staatlichen Finanzmitteln erhalten hat, tilgt vorzeitig das noch offene Partizipationskapital von 350 Mio. €. Damit entfällt das Dividenden-Verbot, und die Möglichkeit eines Eigentümerwechsels steigt. Die Bank gehört den nordamerikanischen Fonds Cerberus (52%) und Golden Tree (39%).

Raiffeisen Bank International AG

Aufgrund der Krise in der Ukraine und des anstehenden Bankenstresstests im Euro-Raum erhält die Raiffeisen Bank International AG von der Bankenaufsicht keinen Bescheid zur vorzeitigen Rückzahlung des staatlichen Partizipationskapitals. Das Finanzinstitut wollte das gesamte staatliche Partizipationskapital in Höhe von 1,75 Mrd. € tilgen.

Hypo Alpe-Adria-Bank International AG

18. März: Der Ministerrat beschließt ein Abbaumodell für die konkursreife Hypo Alpe-Adria-Bank International AG. Die 2009 notverstaatlichte Bank benötigt, bis die Abbaugesellschaft aktiv wird, voraussichtlich eine weitere staatliche Unterstützung von 1,43 Mrd. €, die das Maastricht-Defizit 2014 entsprechend erhöhen wird: Sämtliche Verbindlichkeiten der Abbaugesellschaft (etwa 18 Mrd. €, 5% des BIP) werden in die Staatsschulden eingerechnet. Bisher hat der Staat 3,6 Mrd. € an Kapital bereitgestellt und Garantien von 1,2 Mrd. € übernommen.

Familienbeihilfe

25. März: Der Ministerrat beschließt eine Erhöhung der Familienbeihilfe mit 1. Juli 2014 um 4% sowie 2016 und 2018 um jeweils 1,9%. Die Familienbeihilfe wurde seit dem Jahr 2000 nicht angehoben. Die Maßnahme verursacht bis 2018 kumulierte Mehrausgaben von 830 Mio. €.

Förderung von Handwerkerleistungen

26. März: Der Nationalrat beschließt ein Gesetz über die Förderung von Handwerkerleistungen. Gefördert werden versteuerte Arbeitsleistungen im Zusammenhang mit Renovierung, Erhaltung und Modernisierung von Wohnraum im Inland durch einen Zuschuss von 20% der Kosten. Geltend gemacht werden können höchstens 3.000 € (ohne Umsatzsteuer). Somit beträgt der höchste Förderbetrag 600 €. 2014 stehen 10 Mio. € und 2015 20 Mio. € zur Verfügung.

Budgetäre Notifikation

31. März: Die budgetäre Notifikation an die Europäische Kommission weist für 2013 einen Schuldenstand des Staates von 233,4 Mrd. € bzw. 74,5% des nominellen Bruttoinlandsproduktes aus. Das Maastricht-Defizit beträgt 4,8 Mrd. € bzw. 1,5% des BIP und liegt damit deutlich unter dem erwarteten Wert von 2,3% des BIP, u. a. aufgrund von geringeren Zinszahlungen, Einmaleffekten (Versteigerung der Mobilfunklizenzen) sowie Rücklagenbildung.

⁶⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2012", WIFO-Monatsberichte, 2013, 86(1), S. 35, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/46140>.